

DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat Gera

DIE LINKE. Fraktion
im Stadtrat Gera
Geschäftsstelle
Kornmarkt 12
07545 Gera

Tel.: (03 65) 8 38 15 30

Fax: (03 65) 8 38 15 35

e-mail: srfraktion@die-linke-gera.de

19. Februar 2013

**Sachantrag gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Gera
und seiner Ausschüsse zur Vorlage Nr. 100/2012
Haushaltsplanung 2013 der Stadt Gera**

Künftige Handlungsfähigkeit öffentlicher Haushalte Thüringer Kommunen durch gerechtere Steuerpolitik sichern helfen

Die Stadt Gera hat in den nächsten Jahren weiterhin umfangreiche Investitionen zu tätigen, vor allem im Bereich der Schulen. Daneben stehen weitere investive Aufgaben an, so in den Bereichen Kultur, Straßen- und Brückenbau. Offenbar ist, dass die Stadt Gera aufgrund ihrer Finanzlage nicht in der Lage sein wird, diese Aufgaben allein zu stemmen.

Ebenso offenbar ist aber auch, dass der Freistaat Thüringen angesichts seiner Finanzlage und der Perspektive seines Haushalts nicht allein die Kraft haben wird, die vielseitigen kommunalen Leistungsdefizite auszugleichen. Bezogen darauf, dass Jahre vor der sogenannten internationalen Finanzkrise mehrere Veränderungen in der Steuergesetzgebung zu dauerhaften Mindereinnahmen der öffentlichen Hand führten sowie bezogen darauf, dass seit dem Ausbruch der Finanzkrise die öffentliche Hand in Deutschland Garantien abgab, die die Spielräume der öffentlichen Haushalte künftiger Jahre weiter einschränken werden, erscheint eine gerechtere sowie eine am Leistungsvermögen orientierte Steuerpolitik der öffentlichen Haushalte unausweichlich.

Deshalb beschließt der Stadtrat Gera:

1. Die Thüringer Landesregierung wird gebeten, sich im Bundesrat aktiv für eine gerechtere Steuerpolitik, wie z.B. die Einführung einer Millionärssteuer einzusetzen, um die öffentlichen Haushalte auch in Thüringen mittel- und langfristig zu stabilisieren.

2. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, in den einschlägigen Gremien wie z.B. dem Deutschen Städtetag und dem Thüringer Gemeinde- und Städtebund ebenso auf eine gerechtere Finanzierung der öffentlichen Haushalte in Deutschland hinzuwirken und
3. Die Thüringer Landesregierung wird angesichts der kommunalen Finanzlage aufgefordert, ein verbessertes Schulbauprogramm des Freistaats aufzulegen, welches vorhandene Sanierungsdefizite gemeinsam mit den betroffenen Kommunen abzubauen hilft.

Mike Huster
stellv. Vorsitzender